

Die "Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit dem Unterhaltungsbeilage "Freie Welt" — "Freuen-Welt" und "Der Jugend-Geselle". Der Bezugspreis beträgt bei jeder Halbjahres- und Jahresbestellung 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Polsterung neuer sämtlicher Wohnstühle 24.— M. pro Stück. Unter Streifenbezogen für Deutschland, Danzig, das Saar und Westfalen sowie die früheren deutschen Gebiete Belgiens und Luxemburg 24.— M., für das übrige Ausland 27.— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die Jahrgangsposteneinsparung bei den Abonnenten beträgt 2.— M. einschließlich Post- und Transportkosten. Die Jahrgangsposteneinsparung bei den Abonnenten beträgt 2.— M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Post- und Transportkosten. Die Jahrgangsposteneinsparung bei den Abonnenten beträgt 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Schacher mit Staatseigentum

Ein unsauberer Handel

Seit Beginn des Jahres 1921 bemühen sich die Vertreter des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats und — der rheinisch-westfälischen Großindustrie, die Duisburg-Ruhrorter Häfen in ihre Hand zu bekommen. Der Bergarbeiterführer Hue brachte im "Vorwärts" am 5. November 1921 einen Artikel, der sich mit diesen Bestrebungen befaßte und auf die eigenartige Haltung der Regierung hinwies. Es wurde dort, wie wir seinerzeit berichteten, ausgeführt, der Aufsichtsrat des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats habe in seiner Sitzung vom 21. April beschlossen, als Anteil am Stammkapital der neu zu bildenden sogenannten gemeinschaftlichen Betriebsgesellschaft der Duisburg-Ruhrorter Häfen 650 000 Mark zu bewilligen. Einen gleichlautenden Beschluß faßte das Kohlenkontor, wie auch der Bergbauverein. Auf eine Anfrage des Abg. Hue erklärte die Staatsregierung am 3. November vorigen Jahres, daß weder das Handelsministerium in Preußen, noch die Staatsregierung sich mit einem solchen Plan der Umgestaltung der Hafenanlagen befaßt habe.

Am Freitag, den 20. Januar, beschäftigte sich im preussischen Handelsministerium eine Sitzung mit derselben Frage. Neben den Vertretern der rheinisch-westfälischen Großindustrie, des Kohlsyndikats und anderer Interessenten, nahmen unter Vorsitz des Handelsministers Siering die leitenden Beamten des Handelsministeriums und die Vertreter der einzelnen Fraktionen des Landtages im Ausschuß zur Förderung preussischer Verkehrsinteressen an der Sitzung teil.

Über den Verlauf der Sitzung wird uns berichtet: Nach einer kurzen Einleitung des Ministers verlas Oberbürgermeister Dr. Jares-Duisburg die Notwendigkeit der Umstellung der Hafenerwaltung zu begründen. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß es zur Freimachung von bürokratischen Hemmnissen nicht genüge, die Verwaltung vom preussischen Etat loszulösen. Um wirkliche Erfolge zu erreichen, sei die Bildung einer gemeinwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft m. b. H. oder, was noch besser wäre, einer Aktiengesellschaft vorzunehmen. Eventuell sei auch die Anlage von verpachteten. Ein derartiges Vorgehen sei schon deswegen geboten, weil die staatlichen Mittel in ganz kurzer Zeit nicht mehr zur Weiterführung des Betriebes ausreichen dürften. Mit anderen Worten heißt das, daß die Großkapitalisten dem Staat keine Mittel mehr zur Verfügung stellen wollen, wenn ihr Plan nicht gelingen sollte.

Der Großindustrielle Altkamer betonte, daß eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nicht finanzkräftig genug sei, es käme nur die Bildung einer Aktiengesellschaft in Frage. Diese Umwidmung sei notwendig, weil der Staat auf die Dauer die notwendigen Mittel nicht aufbringen könne und sich Private zur Übernahme der Staatsoffgaben nicht bereit finden würden. Wir sollten uns mit dem Gedanken abfinden, daß wir in einigen Jahren keine Staatsbetriebe mehr haben würden. Der Unternehmer in der Industrie wolle bei dieser Umstellung kein Geld verdienen oder ein Geschäft machen, sondern er bringe das "Opfer", dem Staat die Betriebe abzunehmen, wofür man ihm eigentlich dankbar sein müsse.

Von anderer Seite wurde auf die ungenügende Hafentiefe und die angeblich mangelhaften Lärch- und Ladeeinrichtungen hin-

gewiesen, die als Grund zu einer Umgestaltung der Verwaltung angegeben wurden.

Der volksparteiliche Abgeordnete Engberding glaubt schon viel gewonnen zu haben, wenn man sich heute und für alle Zukunft befleißigt, das Wort Entstaatlichung nicht mehr zu gebrauchen. Im übrigen stellte er fest, daß Herr Ministerialdirektor Krohne vom Handelsministerium

sich tatkräftig an den Vorarbeiten beteiligt, den Vertragsentwurf mitgemacht und ausgearbeitet sowie warm für die Entstaatlichung der Häfen eingetreten sei. Diese Tatsache wird wiederholt von anderer Seite bezeugt.

Von rechtssozialistischer Seite nahmen Hue und Rudolf in scharfer Weise gegen den Raub des Staatseigentums Stellung. Es wurde einmündlich nachgewiesen, daß die Schäden im Wasserstand des Hafens auf die Vernachlässigung während der Kriegszeit zurückzuführen seien; soweit von einer mangelhaften Instandhaltung der Lärch- und Ladeeinrichtungen überhaupt die Rede sein könne, treffe dieselbe Grund zu. Es wurde festgestellt, daß mit den Kippanlagen, die heute 9000 Tonnen Kohlen täglich bearbeiten, im Jahre 1913 bis zu 32 000 Tonnen täglich geschafft werden konnten und daß infolge der ungenügenden Ausnutzung der Kippanlagen die Verwaltung dem Kohlsyndikat Ripper zum Kauf angeboten habe. Aus alledem gehe hervor, daß es nur darauf ankomme, Gründe zu suchen, um in der Öffentlichkeit eine Rechtfertigung für das Vorgehen der Großindustrie zu finden.

Von unserer Fraktion führte Genosse Jürgensen aus: Das Verbrechen der großindustriellen Kreise sei nur darauf gerichtet, die Verkehrswege in die Hand zu bekommen, um so nicht nur einen viel mehr wie heute ausschlaggebenden Einfluß auf die deutsche und ganze mitteleuropäische Wirtschaft, bis hinunter zum Schwarzen Meer, zu gewinnen, sondern um dadurch wiederum auf die Regierungsform der Einzelstaaten, und des Reiches ihren für die wertvollste Bevölkerung so unheilvollen Einfluß geltend machen zu können. Notwendigen Verbesserungen an den staatlichen Anlagen werden wir stets zustimmen. Aber wir müssen uns unter allen Umständen gegen die Verschleuderung des Staatseigentums an das Privateigentum mit allen Mitteln wenden.

Über das eigenartige Verhalten der Regierungsvertreter, der Vertreter der Bergbauverwaltung im Kohlsyndikat bis zum Ministerialdirektor Krohne wird jedenfalls im Landtage Klarheit geschaffen werden müssen. Es steht zweifellos fest, daß alle Staatsbeamten, die an diesem Plan mitgewirkt haben, zum mindesten der Auslieferung des Staatseigentums, das sie eigentlich schützen sollten, Vorwurf geleistet haben. Herr Minister Siering hat nunmehr das Wort, der versprochen hat, zur Entbürokratisierung der Verwaltung der Häfen dem Landtag eine Vorlage zu machen.

Soweit der Bericht. Wie Minister Siering die Beamten auch noch in Schutz nehmen konnte, deren schuldhafte Beteiligung an der höchst unsauberen Angelegenheit zweifellos nachgewiesen wurde und die es zum Ueberfluß noch unterlassen haben, dem Minister zu berichten, verstehen wir einzuweichen nicht. Auch dafür wird der Minister im Landtag noch Erklärungen abzugeben haben, wie es denn überhaupt notwendig ist, daß der Landtag in diesen seltsamen Betrieb gehörig hineinleuchtet. Er wird zu entscheiden haben, was mit Beamten zu geschehen hat, die im Geheimen Vorkerkungen treffen, um das Eigentum der Gesamtheit an private Interessenten zu verschieben.

Kurzarbeit und Affordsystem

Seit Monaten herrscht bei allen Beobachtern der wirtschaftlichen Lage die übereinstimmende Auffassung, daß die gegenwärtige Konjunktur in nicht ferner Zeit einer neuen Krise mit großer Arbeitslosigkeit weichen wird. Wann dieser Zeitpunkt eintritt, ist zweifelhaft. Die Konjunktur beruht auf dem Niedergang des Marktkurses. Sie wird schneller vorübergehen, wenn die internationalen Verhandlungen über das Reparationsproblem bald eine für Deutschland günstige Wendung nehmen und wenn der Kredit Deutschlands im Ausland sich damit bessert. Sie kann noch längere Zeit andauern, wenn das Gegenteil geschieht. Immerhin ging aus zahlreichen, schon vor Wochen gefallenen Äußerungen von Behörden, Gewerkschaften und anderen an der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beteiligten Stellen hervor, daß es nach der allgemein geteilten Auffassung Zeit sei, sich auf die Begegnung der einschneidenden Wirkungen großer Erwerbslosigkeit vorzubereiten.

Leider fehlt es noch immer an übersichtlich geordnetem Material zur Beurteilung der Wirkung der früher zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getroffenen Maßnahmen, so der produktiven Erwerbslofenfürsorge, der Arbeitsstreckung usw. Jedenfalls ist das Material der Öffentlichkeit noch nicht in verwendbarer Form zugänglich gemacht worden. Die Ausnutzung der in früheren Krisen gemachten Erfahrungen zur wirksameren Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Zukunft ist darum ungemein schwer.

Aber zu den bedeutsamsten Mitteln zu diesem Zweck gehörte bei der jüngsten Krisis die Arbeitsstreckung durch Kurzarbeit. Auch ihre Wirkung im ganzen ist schwer abzuschätzen. Einwandfreie Gesamtzahlen über ihren Umfang fehlen gänzlich. Einige Hinweise über die Wirkung der Kurzarbeit finden sich verstreut in den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1920, aber auch sie geben kein Gesamtbild. Aber auch Einzelerkenntnisse auf diesem für die mit großen Opfern an der Kurzarbeit beteiligten Arbeiterklasse besonders wichtigen Gebiete sind beachtenswert. Sehr gut verwendbare Auszüge aus den Gewerbeaufsichtsberichten veröffentlicht Rätke Gaebel regelmäßig in der "Sozialen Praxis", und einem solchen Referat entnehmen wir eine Stelle, die zum Nachdenken Anlaß gibt. Nach einigen Zahlen über den Umfang der Kurzarbeit in einem Berliner Großbetrieb, wonach Ende Juni 1920 23 Prozent, am 1. August 47 Prozent, am 1. September 58 Prozent, am 1. Oktober 47 Prozent, am 1. November 55 Prozent, am 1. Dezember 47 Prozent und 31. Dezember 44 Prozent der Beschäftigten verkürzt arbeiteten, heißt es kurz und trocken:

„Unter konnten die Affordarbeiter durch intensive Arbeit den Ausfall an Arbeitszeit in erheblichem Maße ausgleichen.“

Das zeigt, daß keinerlei Anlaß vorliegt, von einer Wirkung der Kurzarbeit schon dort zu reden, wo schematisch eine Verkürzung der üblichen Arbeitsstunden stattgefunden hat. Wenn die Affordarbeiter den Lohnausfall, der durch die Kürzung der Arbeitsstunden eintritt, wieder ausgleichen durch „intensive Arbeit“, dann haben sie damit jede auf Arbeitsstreckung zugunsten der Einstellung von Arbeitslosen oder der Vermeidung von Entlassungen abzielende Wirkung der Kurzarbeit vollends wieder auf. Nicht die Arbeitsstunden sollen verkürzt werden, sondern die Arbeitsleistung.

Wir möchten nicht verkümmern, die Aufmerksamkeit der maßgebenden Organe der Gewerkschaften auf diese bemerkenswerte Erscheinung zu lenken.

Was ist's mit der Kurzarbeit? Sie gründet sich gesetzlich auf die Verordnung vom 12. Februar 1920 betreffend Arbeitsstreckung, ist aber nicht durchführbar — oder doch mindestens nicht zu höchster Wirksamkeit zu bringen — ohne den Willen der Arbeiter und Angestellten. Nur wenn sich gegenseitige Absicht und Wille der Arbeiterklasse im Ziel begegnen, kann die Kurzarbeit in wirksamer Weise durchgeführt werden. Beide Bestrebungen trafen sich, weil das Interesse der Arbeiterklasse sich deckte mit dem Interesse der gesamten Gesellschaft. Darum gaben die Gewerkschaften die Parole: Kurzarbeit! aus. Das gemeinsame Ziel war die möglichst rationelle Anwendung aller vorhandenen Arbeitskräfte und die Befreiung der Beschäftigten von der Verdrängung der Arbeitskräfte selbst, wie zum Vorteil der arbeitenden Gesellschaft, deren gemeinsames Interesse formulierte wird durch das geltende Recht, wenn auch gerade auf diesem Gebiete noch recht unzulänglich. Es liegt hierin der schärfste sprichende Reim zu einer gemeinwirtschaftlichen Auffassung, in dem das Bewußtsein schlummert, daß Anwendung und Verdrängung von Arbeitskraft, Einstellung oder Entlassung von Arbeitern und Angestellten nicht allein Sorge und Recht der einzelnen Individuen (Arbeitgeber und Arbeitnehmer), sondern Angelegenheit des Volksganzen, der Gesellschaft, ist. Hierin liegt der letzte Sinn der gesetzlich angeordneten und von den Gewerkschaften geforderten Kurzarbeit. Sie ist

Um das Steuertkompromiß

Während der gestrigen Plenarsitzung des Reichstages begannen, wie berichtet wird, die bereits angekündigten Besprechungen zwischen den Steuerfachverständigen des Zentrums und der rechtssozialistischen Reichstagsfraktion. Die Rechtssozialisten unterstützen dabei vor allem ihre Forderungen in der Frage der Besteuerung, ohne daß die Verhandlungen über diese Steuerart schon einen Abschluß gefunden hätten. Eine bedeutende Rolle in der gegenseitigen Aussprache spielte die Frage der Z w a n g s a n l e i h e. Auch hier ist bisher eine völlige Klärung nicht geschaffen worden. Von den Rechtssozialisten wurde überdies ihre bekannte Forderung der Steuerberechnung nach dem gemeinen Wert in den Vordergrund geschoben.

Diese Verhandlungen des Zentrums mit der Sozialdemokratie erregen den lebhaftesten Jorn der Rechten, die am liebsten die Steuern mit einer rein bürgerlichen Mehrheit ganz nach dem Willen der Deutschen Nationalen machen möchte und hofft, bei dieser Gelegenheit sich auf das verhasste Kabinett Wirth stürzen zu können. So schreibt die "Kreuzzeitung":

„Nach den „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ läßt man den Plan einer Goldanleihe unter Umständen für geeignet, zu einer Verständigung zu kommen. Das bedeutet Erlassung der Sachwerte mit anderen Worten und dürfte für die bürgerlichen Parteien unannehmbar sein. Aber man rechnet ja auf sozialdemokratischer Seite mit der Zustimmung der Unabhängigen und arbeitet eifrig daran, die Regierung nach links zu erweitern. Auf diese Weise hofft man, die Mehrheit für die

Steuergesetze zu erhalten. Was das Zentrum zu diesem einseitigen Liebeswerben nach links hin sagen wird?

Nur eins scheint bei alledem festzustehen, daß niemand von den beteiligten Parteien eine Regierungsteils alias Neuwahlen will, jeder Herrn Wirth behalten und an der Krinne bleiben möchte, selbst auf Kosten von Zuständnissen, die nur in verschleierter Form gegeben werden sollen, um nicht zu sehr der Agitation der weiter linksgerichteten Genossen ausgelegt zu sein, zumal sich die Sozialdemokratie durch dauernde Betonung der Sachwertverfassung reichlich festgehalten hat. Sie ist zwar ans Revidieren noch anfanglich als unerlässlich hingestellten Grundforderungen gewöhnt, hat es aber immer teuer bezahlen müssen und geht diesmal tatlich klug und vorsichtig vor, indem sie „den politischen Notwendigkeiten Rechnung tragend“, noch möglichst viel für sich bei dem Handel herauszuschinden hofft.“

Die Herren mögen sich allerdings gesagt sein lassen, daß die Arbeiterklasse sich auch von einer bürgerlichen Regierung nicht willenlos alle Lasten aufbürden lassen würde, von denen die Herren Hefflerich und Westarp die Bescheideneren möchten.

Nach den Beschlüssen des Reichstages am Freitag, soll neben kleineren Vorlagen am Sonnabend die Interpretation der Deutschen Nationalen über die Wirtschaftstage in Östpreußen besprochen werden. Am Montag wird das Reichsschulgesetz zur ersten Beratung kommen. Am Dienstag beginnt die große politische Aussprache und vom 30. Januar ab wird die erste Lesung des Etats für 1922 stattfinden.

Der Papst ist schwer erkrankt. Es wurden ihm bereits die Sterbesakramente gereicht.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Die am Freitag angelagte Geschäftsleitungssitzung konnte wegen besonderer Umstände nicht abgehalten werden, und findet die Sitzung deshalb heute, Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, im Verbandsbureau, Breite Straße 8/9, statt.

Die Geschäftsleitung.

Verbands-Bildungskommission

heute, Sonnabend, abends 7 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8-9. Konferenz. Genosse Seidel spricht über: Die Volkshochschule Groß-Berlin. Alle Mitglieder der Bildungskommissionen müssen erscheinen.

5. Verwaltungsbereich, 15., 16., 17. Bezirk. Zum 1. Kammermüllens (Sohn und Kocart) in der Kula Kopenplatz, 20, sind Billets noch an der Abendkasse zu haben.

Sonnabend, 21. Januar

12. Verwaltungsbereich, 8 Uhr Sitzung der Kommunalen Kommission, Stadt- und Bezirksverordneten, Rathaus Steglitz.

13. Verwaltungsbereich (Weißensee). Die im "Grünen Baum" stabsdienliche Sitzung findet nicht dort, sondern im Rathaus, Zimmer 21, statt.

14. Verwaltungsbereich, abends 7 Uhr Generalversammlung in der Kula Kaiser-Friedrich-Straße. Geschäftsbericht und Bericht vom Parteitag.

Montag, 23. Januar

4. Bezirk, Frauenabend bei Wierma, Elmstraße. Vortrag des Gen. Warm.

11. Bezirk, 7 1/2 Uhr Frauenabend im Geländesaal des Rajons Ostkreuz.

15. Bezirk, abends 7 Uhr Frauenabend in der Schulanstalt Marquardt, 40. Bericht von der Reichstagskonferenz. Referent: Genosse Berg.

16. Bezirk und Steglitz, abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Constanzen, Dörschler Str. 67. Bericht vom Parteitag in Leipzig.

An unsere Postabonnenten!

Um jede Verzögerung in der Zustellung der "Freiheit" an unsere Postbesitzer für den Monat Februar 1922 zu vermeiden, bitten wir darum, das Abonnement sofort, spätestens aber bis zum 25. d. M., zu erneuern.

Der Verlag der "Freiheit" e. G. m. b. H.

Spandau, Frauenabend in der Kabanmüllerei, Reichstagsplatz. Bericht von der Reichstagskonferenz. Referent: Genosse Langwig.

Dienstag, 24. Januar

13. Verwaltungsbereich, 8 Uhr Sitzung in der Kula Kopenplatz eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag, Diskussion, Bericht.

Bereinskalender

Sonnabend, 21. Januar

6. S. J. - Zentrale. Der Neujahrsabend des Gesangsclubs fällt heute aus.

Sonntag, 22. Januar

Verband der Seiler, Tapeziere und Portier. Form. 19 Uhr Verammlung der Reichstags- und Parteiführer bei Koeber, Weberstr. 17. Hierzu sind auch alle in der Lederwarenindustrie tätigen Handwerker geladen. Bericht von den Verhandlungen in Eisenach.

Veranstaltung der Freunde von Kellern und Kellerwänden. Nachm. 6 Uhr spricht in der Reichstags-Christuskirche, Karl-August-Platz, Herr Hanser über das Thema: Religion und die Frauen.

Gen. Prolet. Jugend Reichstags-Bezirk. Form. 19 Uhr Treffen zur Besichtigung des Museums für Arbeiterkunde am Tschudi-Kaufhaus.

Freiwillige Gemeinde. Form. 11 Uhr in der Kula, Schützengasse. Vortrag des Herrn P. Kogal: "Wie soll man leben?" Harmonium: Herr P. Kogal.

14. Verwaltungsbereich, vorm. 11 Uhr, Sonntag des Herrn C. Käpplig "Die neue preussische Landesliste". Gäste willkommen.

Montag, 23. Januar

Zentralverband der Handwerker. Betriebs- und Abwehrabend. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Mulienstr. Koller-Wilhelm-Str. 21.

Deutscher Arbeiterverband. Abends 8 Uhr Generalversammlung im Gewerkschaftshaus, Sout. 4. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Mittwoch, 25. Januar

Deutscher Arbeiterverband. Besprechung der Vorstande. 8 Uhr Verammlung für Einzeln, 8 Uhr für Partei in den Kaminhallen (Mag. und Möring-Saal), Kommandantenstr. 18-20. Bericht über Lohnverhandlungen. Der Vorstand.

Arbeiter Sport

Arbeiter-Klubvereine Groß-Berlin. Am Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 1 1/2 Uhr, nach Köpenick, Dorst. 10.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn ein genügend frankierter Zettel beigefügt ist. Das Gleiche gilt für Antiquare aus dem Ausland.

Verantwortlich für Politik und Redaktion: Leo Bleich, Berlin-Friedenau für Kommunalpolitik, Lokales und Gemeindefragen: A. Henkel, Berlin für den Inhalt und die schriftliche Mittelungen: Ludw. Kommer, Berlin - Verlagsgemeinschaft "Freiheit", e. G. m. b. H. Berlin - Druck bei Berliner Druckerei e. G. m. b. H. Berlin E. T. Breite Straße 8-9.

Veranstaltungsführer mit Theater und Vergnügungen. Listings for Volksbühne, Neues Volks-Theater, Staatstheater, etc., including plays like 'Die Ehe im Kreise' and 'Die Fahrt ins Blaue'.

UFA-PALAST AM ZOO. Kinder der Finsternis. ZWEITER TEIL: Kämpfende Welten. Regie E. A. Dupont. Ausstattung Paul Leni.

Neue Welt. A. Scholz, Hasenheide 108-14. Heute Sonnabend, den 21. Januar 1922. Bockbierfest. Gr. Alpenball.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin N 54 / Lindenstraße 83-85. Versammlung Sonntag, den 22. Januar 1922, vorm. 10 Uhr.

Möbel. Platina, Gold- u. Silberbruch. Roseneck. Berlin O., Schreinerstr. 32. Möbel-Cohn. Gr. Frankfurter Str. 58.

Metalle zu höchsten Tagespreisen. tüchtige Gaffschneider. Pelzwaren-Haus A. Klass & Co. Briefwechsel zwischen Schiller u. Lotte.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Todes-Anzeige. Albert Schady am 12. d. Mts. Georg Karbe am 6. d. Mts.

Franz Reinsch. Einig bemerkt, für die Interessen der Kasse sowohl als die für die der Kassenmitglieder einzutreten.

Garderobe auf bequemste Teilzahlung. HERREN-DAMEN-Anzüge. M. Beiser, Lothringerstr. 67.

Botenfrauen sofort gesucht. Austragelohn pro Monat u. Abonnement M. 4 20. Hauptexpedition C. 2, Breite Straße 8-9.

Aus schneiden! Käufern Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen. Der Unterzeichneter bestellt hiermit vom 1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung "Freiheit" mit dem Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands.

G. SINOWJEW. Alte Ziele - Neue Wege. Die Taktik d. kommunistisch. Internationale. Verlag: Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley / Hamburg.

Großfeuer in der Sarotti-Fabrik

Einige Hundert Rauchvergiftungen

Ein Riesengebiet, wie es Berlin seit vielen Jahren nicht erlebt hat, brach am Freitag vormittag in der bekannten Schokoladenfabrik von Sarotti in Tempelhof aus.

Mit unheimlicher Schnelligkeit verbreiteten sich die Flammen von dem Westflügel nach dem Mitteltrakt und dem Ostflügel. Anscheinend durch feinerlei Brandmauern getrennt, fand das Feuer an den ungeheuren Borräten an den Arbeitstischen und Regalen reiche Nahrung.

Viele von den Arbeitern und Arbeiterinnen trugen Verletzungen davon, die vermieden worden wären, wenn man nicht kopflos nur auf die eigene Rettung bedacht gewesen wäre und dabei in überstürzter Hast die einfachsten Regeln der Ordnung außer acht gelassen hätte.

der Gefahren des schnellen Platzens der Schläuche. Dauern mühten welche ausgewechselt werden. Trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß der mächtige vierstöckige Flügel der modern eingerichteten, erst vor acht Jahren neu erbauten großen Fabrik fast total ausbrannte.

Das Feuer war weithin sichtbar und hatte Tausende von Personen nach der Brandstelle am Teltow-Kanal gelockt.

Die Zahl der verletzten Personen konnte nicht ermittelt werden; es sollen indes die meisten Arbeiterinnen nur leicht verletzt sein.

Eine gründliche Untersuchung ist notwendig.

Wie berichtet wird, ist trotz der Ausdehnung des Brandes und der damit verbundenen Gefahr für viele Hunderte von Menschen eine Verstärkung der zuerst alarmierten Neuföhner, Tempelhofer und Mariendorfer Feuerwehr erst außerordentlich spät erschienen.

Unbegreiflich und in seiner Wirkung unverantwortlich ist das Verhalten der zuerst an der Brandstelle tätigen Tempelhofer Feuerwehr. Trotz aller Warnungen und Hinweise auf die Gefahren glaubte sie des Brandes Herr zu werden und ließ erst nach zwei Stunden, als schon alles zu spät war, die Berliner Feuerwehr benachrichtigen.

Die „Kaninchen-Anleihe“

Eine Berliner Kriegsschuld

Im Anschluß an die letzte öffentliche Stadtverordnetenversammlung fand eine geheime Sitzung statt, in der über eine Magistratsvorlage zur Aufnahme eines Guldendarlehens bei einer holländischen Bank beraten wurde.

Als im Jahre 1917 die Lebensmittel in Berlin knapp wurden und besonders die Belieferung mit Fleisch versagte, entschloß sich der damalige Magistrat, geschlachtete Kaninchen aus Holland einzuführen, um der Bevölkerung einen unrationierten Fleischzuschuß bieten zu können.

Die Stadt Berlin muß als Sicherheit für dieses Darlehen den städtischen Steinschleibestrich in Röhling verpfänden und außerdem noch 25 Millionen Stadtanleihe. Es müssen dann 6 1/2 Prozent Zinsen, 2 1/2 Prozent Stempelkosten und 1 Prozent Provision von der Gesamtsumme von 10 Millionen Gulden bezahlt werden.

Durchhalten unternommen wurden. Alle großen deutschen Städte, denen das Reich zu einem wesentlichen Teile die Sorge für die Ernährung der Bevölkerung während des Krieges aufgebürdet hat, haben jetzt unter diesen Folgen der deutschen Kriegspolitik zu leiden.

Berliner Arbeitslose in Bayern

Von der bayerischen Regierung wurde durch das Hauptarbeitsamt München von den Berliner Arbeitsnachweiser die Bestellung von ca. 50 Mann für die Jura-Arbeiten verlangt.

Die neue Spartassengesetzgebung

Irrige Auffassungen über die Bestimmungen der neuen Spartassengesetzgebung machen eine Aufklärung erforderlich. Immer noch wird angenommen, daß die alte Gesetzgebung die Abhebung bis fünf-hundert Mark ohne Kündigung gestattet und daß die Spartassengesetzgebung nur zur sofortigen Zahlung von drei-hundert Mark verpflichtet ist.

Satzungsgemäß ist die Spartasse berechtigt, von dem ohne Einhaltung einer Kündigung zurückgeforderten, den Betrag von zwei-tausend Mark übersteigenden Einlagen eine Vergütung bis zu 1/2 v. H. zu beanspruchen. Das ist auch bei anderen Spartassen so üblich und ist berechtigt, weil die Kassen zur Kündigungsfreie Rückgewähr höherer Summen stets größere Geldsummen bereithalten muß und dadurch selbst Zinsverluste erleidet.

Veränderungen in unserer Rathausstrasse. Für den aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung ausgeschiedenen Genossen Karl Reid ist der Nachfolger auf der Stadtliste, Genosse Dr. Kowalek, als Stadtverordneter eingetretten; ebenso für die Genossin Wegl, die nach erfolgter Bestätigung ihrer Wahl zur Stadträtin als Stadtverordnete ausscheidet, der Genosse Justin Braun.

Kleiner Mittellagen. Die Kontoristin Anna M. wurde auf dem Heimwege nach ihrer Wohnung in der Kaiser-Friedrich-Strasse in Kullow von einem unbekannt gebliebenen Burschen angefallen und ihrer Handtasche mit 800 M. Inhalt beraubt.

Sie erschrak bei dem Gedanken, von dem tragischen Zwischenfall ganz allein ernstlich betroffen zu werden. Sie raffte sich zusammen, glättete ihren Kimono, brachte ihre Schleiße in Ordnung und schnouzte sich heftig. Endlich sang sie an: „Nun, du sagst ja gar nichts... Sag' doch einen Ton...“

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf Herz. Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(7. Fortsetzung)

Sie erschien im nachlässig übergeworfenen Kimono, mit roten Augen und ungeordnetem Haar. Da Réal in seiner Verblüffung gar nichts sagte, begann sie: „Ich gehe zu Papa.“ „Wann denn?“ lächelte Réal.

„Coigny war immer sehr nett zu mir, seit er bei uns verkehrt. Ich habe nicht weiter auf ihn geachtet. Du weißt, ich bin eine anständige Frau...“ Ein Schluchzen unterbrach sie. „Wenn du Julie besuchtest, war er oft bei mir. Und eines Tages — Jacques, verzeih mir — umarmte er mich, ich zerlor den Kopf...“

Sie hüllte sich mit großer Gebärde in ihr japanisches Gewand und sah ihn feindselig an. „Ja, es ist deine Schuld. Du hast mich dir durch deine lächerlichen Unvorsichtigkeiten entfremdet. Ich hatte einen vernünftigen Menschen geheiratet. Du bist ein halber Narr geworden.“

(Fortsetzung folgt.)

